

Cassis droht damit, Hilfsgelder für Albanien, Serbien und Bosnien zu streichen

Entwicklungshilfe Das Aussendepartement EDA zeigt erstmals auf, welche Konsequenzen das 2-Milliarden-Sparprogramm hätte.

Adrian Schmid

Armee vs. Arme: Der Ständerat hat im Kampf um die knappen Bundesgelder einen neuen Konflikt provoziert. Anfang Monat entschied die kleine Kammer, das Militärbudget in den nächsten vier Jahren um 4 Milliarden Franken zu erhöhen und die Hälfte davon bei der Entwicklungshilfe zu sparen. Ein bisher unveröffentlichtes Factsheet aus dem Aussendepartement EDA von Bundesrat Ignazio Cassis zeigt nun, wie die Kürzungen von 2 Milliarden umgesetzt werden könnten:

Bei der humanitären Hilfe der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) würden 470 Millionen Franken gestrichen. Hier geht es um Gelder zur Linderung der Not der Menschen in Krisengebieten oder nach Naturkatastrophen. Das EDA sieht sich gezwungen, sich aus vier bis fünf Gebieten zurückzuziehen, in denen seit Jahren Konflikte bestehen.

Das EDA nennt als Beispiele Afghanistan, Syrien, den Jemen und den Sudan. Zudem steht die Unterstützung der Flüchtlingsorganisation UNHCR zur Disposition. Und dem Beitrag des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz droht eine Kürzung von 20 Prozent. Im vergangenen Jahr erhielt das IKRK 220 Millionen.

Rückzug aus vielen Schwerpunktländern

Bei der Entwicklungszusammenarbeit der Deza würde am meisten gespart: 1,2 Milliarden Franken. Dies hätte ein «Rückzug aus circa 6 bis 8 von 34 Schwerpunktländern» zur Folge, wie das EDA

schreibt. Als mögliche betroffene Länder werden Albanien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Tunesien, Ägypten, Myanmar sowie Mali aufgelistet.

Dazu sind die Beiträge an die fünf grössten Schweizer Nichtregierungsorganisationen in der Höhe von 90 Millionen in Gefahr. Gleiches gilt für zwei thematische Schwerpunkte wie Wasser oder Gesundheit. Weitere 450 Millionen könnten bei der Unterstützung des Kinderhilfswerks Unicef, des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Krankheiten wie Aids, Tuberkulose und Malaria sowie des Afrikanischen Entwicklungsfonds gespart werden. In der Entwicklungshilfe sind auch das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und die Abteilung für Frieden und Menschenrechte des EDA tätig. Sie müssten Einsparungen von weiteren 330 Millionen beisteuern. Auch hier gäbe es einen Rückzug aus mehreren Schwerpunktländern sowie Kürzungen in den Bereichen Klima, Migration und Menschenrechte.

«Wehrfähigkeit ist wichtiger»

Bei den Betroffenen kommt das nicht gut an. «Eine Kürzung um 2 Milliarden wäre ein Kahl Schlag», sagt Regula Rytz. Die ehemalige Grünen-Chefin ist jetzt Präsidentin der Entwicklungsorganisation Helvetas. «Die Bekämpfung der Armut würde stark gebremst. In einer Zeit, in der die Krisen zunehmen, ist das ein fatales Signal.» Rytz betont die Bedeutung der Projekte – etwa im Bereich Ernährungssicherheit, wo Bau-

ern in Dürregebieten Weiterbildung oder bessere Marktzugänge erhalten.

Rytz hofft immer noch darauf, dass es anders herauskommt: «Ich bin sicher, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Mit Ausnahme der SVP haben sich alle Parteien in der Vernehmlassung zu einer starken Entwicklungszusammenarbeit bekannt.» Damit meint sie die letztjährige Anhörung des Bundesrats zur künftigen Strategie.

Für FDP-Ständerat Benjamin Mühlemann, der den Sparantrag eingereicht hat, ist die Entwicklungshilfe zwar auch «zweifellos wichtig» und die Schweiz solle sich als privilegiertes Land «stark engagieren». Nun müsse man aber bei der Verteilung der Bundesmittel Prioritäten setzen. «Die Wehrfähigkeit der Schweiz ist in der gegenwärtigen Situation wichtiger.»

Zudem verweist Mühlemann auf die seit Jahren stetig steigenden Ausgaben bei der Entwicklungshilfe. Gemäss einem Papier der Bundesverwaltung wuchsen die jährlichen Ausgaben in den letzten 20 Jahren von 2 auf 4,6 Milliarden. Bei einer Kürzung um 2 Milliarden fiele die Schweiz im internationalen Vergleich vom 8. auf den 16. Platz zurück.

Geld für China, Indien und Nordkorea

Auch Mitte-Ständerat Beat Rieder will bei der Entwicklungshilfe sparen. Eine Reduktion der Länder, die unterstützt werden, stört ihn nicht. «Es ist gut, wenn die Schweiz die Demokratie fördern will. Es bringt jedoch

nichts, Geld in Afghanistan oder Nordkorea zu investieren.» Das sei nicht mit den Zielvorgaben vereinbar und ein «Unding». Laut Rieder sollen die Mittel «vermehrt und schwerpunktmässig gezielt dafür benutzt werden, um Migrationsprobleme zu lösen».

Gemäss Statistik investierte die Deza im letzten Jahr 32 Millionen Franken in Afghanistan, das von den Taliban regiert wird. Nordkorea wurde mit einer halben Million unterstützt. Dieses Geld floss über eine Partnerorganisation. Seit der Covid-Krise ist das Büro im Land geschlos-

sen. Am meisten Deza-Mittel gingen in die Palästinensergebiete (100 Millionen) sowie in die Ukraine (82 Millionen). Ausserdem leistete die Schweiz im letzten Jahr auch in China (1,3 Millionen) und Indien (4,4 Millionen) Entwicklungshilfe. Das kritisiert Rieder ebenfalls: «Ich bin dagegen, dass Länder mit eigenem Atomwaffenprogramm und Raumfahrtprogramm Schweizer Entwicklungshilfe bekommen. Das ist völlig übertrieben.»

Das EDA betont, dass China kein Schwerpunktland sei. Finanziert würden «ausschliess-

lich Projekte im Bereich des Klimaschutzes». Die Schweiz will in China, das weltweit die höchsten Emissionen hat, helfen, den CO₂-Ausstoss zu senken. Zudem verteidigt das Aussendepartement die Hilfe in Ländern wie Afghanistan, Syrien, Nordkorea oder Myanmar. Die Arbeit in fragilen Kontexten sei «strategisch gewollt». Die Menschenrechte seien dort besonders gefährdet. «Frieden und Stabilität sowie die Schaffung von wirtschaftlichen Perspektiven vor Ort liegen im Interesse der Schweiz, insbesondere im Bereich Sicherheit und Migration.»



Bundesrat Ignazio Cassis besucht ein Entwicklungshilfeprojekt in Südafrika. Nun will der Ständerat, dass Cassis in diesem Bereich die Ausgaben kürzt.

Foto: EPA